

Aufnahme stockt Jeden Monat bis zu 1.000 Afghanen

VON MAARTEN OVERSTEEGEN,
BÜRO BERLIN

Berlin. Pro Monat will der Bund bis zu 1.000 Afghanen aus humanitären Gründen nach Deutschland holen. Doch das Aufnahmeprogramm läuft schleppend. Verbände kritisieren, dass es an Transparenz und Tempo fehle.

Das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanen startete Mitte Oktober mit großen Erwartungen. Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) sagte, damit erfülle Deutschland seine humanitäre Verantwortung, man wolle vor allem Mädchen und Frauen „Hoffnung geben und die Chance auf ein Leben in Freiheit, Selbstbestimmung und Sicherheit“. 1.000 Afghaninnen und Afghanen pro Monat sollen bis September 2025 aufgenommen werden.

Doch noch ist kein Afghane über das Programm nach Deutschland gekommen, so das Innenministerium auf Anfrage. „Nachdem das Programm Mitte Oktober 2022 an den Start gegangen ist, wurde zwei Monate später eine erste Auswahlrunde initiiert. Mit ersten Aufnahmehinweisen wird in den kommenden Wochen gerechnet“, so ein Sprecher. Man habe es mit „komplexen Rahmenbedingungen in Afghanistan“ zu tun, nötig seien „völlig neue Verfahren“.

Online-Tool des Bundes mit gut 100 Fragen

Der Bund hat ein Online-Tool mit gut 100 Fragen entwickelt: Daten zur Person, medizinischer Behandlungsbedarf, Lebensumstände, Vulnerabilität wegen Geschlecht, Religionszugehörigkeit, sexueller Orientierung oder Geschlechtsidentität sowie Integrationsprognose. Die Antragsteller sollen Angaben möglichst mit Dokumenten belegen. Das IT-System soll feststellen, wer als gefährdet eingestuft werden kann.

Zu der Online-Eingabe haben nur ausgewählte Organisationen wie die NGOs „Kabul Luftbrücke“, „Reporter ohne Grenzen“ oder „Mission LifeLine“ Zugang. Betroffene können sich nicht registrieren. „Afghanen wissen nicht, an wen sie sich wenden sollen, was die Kriterien des Programms sind. Wir haben Tausende Anfragen“, so Tareq Alaows, flüchtlingspolitischer Sprecher Pro Asyl.

Schwierig sei die Lage für frühere Ortskräfte. Die Bundesregierung hatte ihnen im Spätsommer 2021 empfohlen, sich vor den Taliban im Ausland in Sicherheit zu bringen. Doch Wege nach Deutschland sind versperrt: Es gibt nur zwei Visa-Stellen. In Teheran, Iran, ist es wegen der Unruhen unsicher, in Islamabad, Pakistan, reichen die Kapazitäten nicht. Die Bundesregierung betont, dass gut 40.000 Afghanen Aufnahme in Aussicht gestellt worden sei. (lit)



Bis zu 1.000 Afghanen pro Monat sollen aus humanitären Gründen nach Deutschland kommen dürfen. Foto: Roessler/dpa

Die Union und die Migration

Zwischen Härte und Fachkräftemangel: Künftiger Kurs bringt CDU/CSU erneut mächtig in Wallung

VON HAGEN STRAUSS, BÜRO BERLIN

Berlin. Mit seinen Äußerungen zu den „kleinen Paschas“ hat Unionsfraktionschef Friedrich Merz (CDU) die Debatte über Migrationspolitik angeheizt. Vor allem in der Union. Eine „fraktionsoffene Sitzung“ soll nun Erkenntnisse für den künftigen Kurs bringen.

In der Migrationspolitik hatte die Union schon einmal erheblichen Klärungsbedarf. Anfang 2019 veranstaltete die damalige Vorsitzende Annegret Kramp-Karrenbauer ein viel beachtetes „Werkstattgespräch“. Insbesondere, um den Umgang mit der Flüchtlingskrise aufzuarbeiten.

Seinerzeit war Kanzlerin Angela Merkel (CDU) nicht sonderlich begeistert darüber. Geschichte wiederholt sich nun - zumindest ein bisschen.

Wieder ist es die Migrationspolitik, die die CDU und auch die Bundestagsfraktion von CDU/CSU in Wallung bringt. Welcher Kurs ist der richtige? Der harte, auch in der Sprache, der klar die Defizite benennt und vor allem sagt, was nicht gehen darf? Siehe Staatsbürgerrecht. Oder einer, der eher einladend ist, weil Einwanderung aufgrund des Mangels an Arbeitskräften dringend benötigt wird? Siehe Fachkräftezuwanderung. Das sind die zwei Pole, zwischen denen sich die Union im Moment eher orientierungslos bewegt.



„Die CDU ist gut beraten, wenn sie Zuwanderung als etwas Positives begreift.“

Daniel Günther,
Ministerpräsident
von Schleswig-Holstein

Eine „fraktionsoffene“ Diskussionsrunde an diesem Dienstagabend soll nun mehr Klarheit



Mit seiner Bemerkung über „kleine Paschas“ in Migrantenfamilien hat CDU-Bundesvorsitzender Friedrich Merz für reichlich Wirbel gesorgt. Jetzt brodelt es in der Union wegen der Migrationspolitik. Foto: Schutt/dpa

bringen, vor allem mehr Erkenntnisse. Ohne Vorfestlegungen und ohne Beschluss am Ende. Jeder der 197 Unions-Abgeordneten kann, muss aber nicht teilnehmen. Das Thema lautet „Asylmigration und Integration“.

Bei der Positionsbestimmung helfen werden drei Experten: Der Präsident des Bundesamtes für Migration (BAMF), Hans-Eckhard Sommer, der Migrationsforscher Daniel Thym von der Universität Konstanz und der Sozialstaatsexperte Bernd Raffelhüschen von der Uni Freiburg. Guter Rat kann nicht schaden. Denn in einigen Wochen will die Fraktionsführung ein Positionspapier vorlegen. Weitere solcher Runden zu Fragen der Migrationspolitik sollen überdies folgen.

Nicht erst, aber vor allem seit den Silvesterkrawallen in Berlin und den Äußerungen von Parteichef Friedrich Merz in einer Talksendung über „kleine Paschas“ in Migrantenfamilien brodelt es in der Union. Wobei

man sagen muss, dass Merz sich in der Sendung differenzierter geäußert hat - der „Pascha“-Satz hängt ihm freilich nach.

Dass Klärungsbedarf besteht, belegen auch jüngste Äußerungen etwa von Schleswig-Holsteins Ministerpräsidenten Daniel Günther (CDU). Er hatte in einem Interview eine offener Haltung seiner Partei gefordert. „Die CDU ist gut beraten, wenn sie Zuwanderung als etwas Positives begreift“, so Günther. Es gehe nicht darum, Schwierigkeiten auszublenden. Man müsse etwa mit Blick auf die Krawalle an Silvester Klartext sprechen, sich aber gleichzeitig sensibel genug ausdrücken, damit niemand verletzt werde. Deutschland müsse weltoffen sein, betonte der Ministerpräsident.

Günthers Einlassungen werden nun teilweise als Abgrenzung zu Merz verstanden. Und als Plädoyer dafür, in der Migrationsfrage den früheren „Merkel-Kurs“ nicht aufzugeben. Dass freilich bereits ein Riss durch die Bundestagsfraktion

geht, wird vehement bestritten. „Das sehe ich nicht“, so jemand aus der Führung. Fakt ist aber auch: Unlängst wollten 20 Unionsabgeordnete das Chancenaufenthaltsgesetz der Ampel nicht ablehnen - sie stellten sich bei der Abstimmung im Bundestag gegen die von der Fraktionspitze ausgegebene Marschrichtung und enthielten sich. Viele davon ehemalige „Merkelianer“. Genau auf diese Gruppe wird nun genau geschaut.

Die Wortwahl des Vorsitzenden findet jedenfalls in der Fraktion nicht nur Zustimmung. Verwiesen wird darauf, dass man neben Frauen und jungen Menschen ebenso Wähler aus dem migrantischen Milieu gewinnen müsse, um bei der nächsten Bundestagswahl erfolgreich zu sein. Auch deshalb sollen nun die Haltungen und der Kurs in der Migrationspolitik geklärt werden. „Ich glaube, dass wir das als Fraktion gut gemeint hinkriegen“, heißt es aus dem Kreis der Führung. Man wird sehen. (lit)

Nach der Silvesterrandale Einladung an die Einsatzkräfte in Neukölln

Berlin. Als Zeichen gegen Gewalt nach den Angriffen in der Silvesternacht haben mehrere Restaurants auf der Berliner Sonnenallee Rettungskräfte und Polizeibeamte zum Essen eingeladen. „Es kamen schon ein paar Einsatzkräfte, die sich etwas mitgenommen haben“, sagte eine Mitarbeiterin des arabischen Restaurants „City Chicken“. Die Einsatzkräfte hätten sich über die Einladung gefreut. Bis einschließlich Dienstag können Einsatzkräfte von Feuerwehr und Polizei für je einen Euro in fünf teilnehmenden Restaurants essen. Der Euro werde berechnet, weil Beamten laut Rechtslage nichts geschenkt oder gespendet werden dürfe, hieß es. Das Geld soll gespendet werden. Der Inhaber des Restaurants „City Chicken“, Omar Nhas, und der YouTuber Big Baba hatten auf Instagram zu der Aktion aufgerufen, um den Einsatzkräften Respekt und Anerkennung zu zollen. In der Silvesternacht hatten zahlreiche junge Männer in verschiedenen Stadtteilen randaliert und Einsatzkräfte angegriffen. (dpa/oe)er

Großbritannien Mehr Menschen abhängig von Sozialleistungen

London. So viele Menschen in Großbritannien wie noch nie erhalten einer Studie zufolge mehr Sozialleistungen, als sie Steuern zahlen. Die „Netto-Abhängigkeitsquote“ habe im Finanzjahr 2020/21 (5. April) bei 54,2 Prozent gelegen, ergab eine am Montag veröffentlichte Analyse der Denkfabrik Civitas. Das entspreche etwa 36 Millionen Menschen. Auch die Einkommensungleichheit sei gestiegen. Eingerechnet sind Sachleistungen wie der Gesundheitsdienst NHS und Bildung.

Die Regierung hatte sich wiederholt besorgt über die hohe Zahl von Menschen gezeigt, die seit der Pandemie aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind. Arbeitsminister Mel Stride soll nun das Leistungssystem überarbeiten und Anreize entwickeln, dass Hunderttausende in den Arbeitsmarkt zurückkehren. Die Sozialleistungen werden im April um 10,1 Prozent angehoben. Grund für den Anstieg der „Abhängigkeitsquote“ seien Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie gewesen. (dpa/oe)er

Vorgezogene Wahlen eine Taktik von Erdogan?

In der Türkei schlechte Wirtschaft und Inflation von gut 60 Prozent - Opposition mit Sechserbündnis ringt um Kandidaten

VON MIRJAM SCHMITT

Istanbul. Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan will die im Juni geplanten Präsidentschafts- und Parlamentswahlen um rund einen Monat auf den 14. Mai vorziehen. Er werde seine Befugnis als Präsident nutzen und die Wahl am 10. März ausrufen, kündigte er am Sonntag beim Treffen mit jungen Wählern im westtürkischen Bursa an. Die Wahlen gelten als Bewährungsprobe für Erdogan, der seit 20 Jahren an der Macht ist. Aber was plant er?

Erdogan war 2003 zum Ministerpräsidenten gewählt worden, seit 2014 ist er Staatspräsident. Umfragen zufolge ist eine Wiederwahl nicht sicher - er gilt erstmals nicht als klarer Favorit, spricht von „Schicksalswahl“. Der Opposition fällt es schwer, einen Gegenkandidaten aufzustellen.

Vorgezogene Wahlen können mit 60 Prozent der Abgeordnetenstimmen im Parlament oder per Dekret durch den Präsidenten

angeordnet werden. Nun will Erdogan den Termin im Alleingang durchsetzen. Die Regierung begründet die Wahlverlegung unter anderem mit der Pilger- und Ferienzeit. Beobachter vermuten Taktik: Eines der drängendsten Probleme ist die schlechte Wirtschaftslage und Inflation von gut 60 Prozent.

Erdogan hatte in den vergangenen Wochen Erleichterungen beschlossen: Der Mindestlohn wurde um 55 Prozent erhöht und er kündigte an, die Altersgrenze für rund zwei Millionen Beschäftigte aufzuheben, die nun früher in Rente können. Die Opposition meint, dass Erdogan die Wahl deshalb hinter sich bringen will.

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen finden am selben Tag statt. Erdogan will mit seiner islamisch-konservativen AKP wieder im Wahlbündnis mit der ultranationalistischen MHP antreten. Ein Teil der Opposition hat sich zum Sechserbündnis zusammengeschlossen, unter anderem mit der größten



Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan will die Wahlen vorziehen. Foto: Soeder/dpa

Oppositionspartei CHP und der nationalkonservativen Iyi-Partei. Ein weiteres Bündnis bildet die pro-kurdische Oppositionspartei HDP mit kleinen Parteien.

Erdogan hat betont, dass er wieder für das Präsidentenamt antritt. Das Sechser-Oppositionsbündnis will seinen Kandidaten

erst im Februar verkünden, wofür es viel Kritik gibt. Im Rennen sind unter anderem der Oppositionsführer Kemal Kilicdaroglu und der Istanbul-Bürgermeister Ekrem Imamoglu, alle von der Mitte-Links-Partei CHP. Bei den Wahlen 2018 waren auch rund 1,4 Millionen Türken in Deutschland wahlberechtigt.

Ob die Opposition siegen kann, liegt an verschiedenen Faktoren. Unzufriedenheit mit der Wirtschaft spielt ihr in die Hände. Die Sechser-Allianz hat es zudem geschafft, Politiker unterschiedlicher Ideologien zusammenzubringen, auch ehemalige Erdogan-Anhänger. Ihr Ziel: Das Land in eine parlamentarische Demokratie zu führen und das Präsidentsystem abzuschaffen, wobei der Präsident weitreichende Befugnisse hat.

Das Gerangel um einen Kandidaten hat das Sechser-Bündnis Sympathien gekostet. Die pro-kurdische HDP, wichtiger Mehrheitsbeschaffer, hat einen eigenen Kandidaten angekündigt. Vom Sechser-Bündnis wird die

HDP offiziell gemieden, weil Regierung und Nationalisten in der Opposition ihr Nähe zu der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK unterstellen.

Die HDP ist nicht abgeneigt, Kilicdaroglu zu unterstützen, sollte er kandidieren. Der Oppositionschef gilt als besonnener Vermittler, aber schlechter Wahlkämpfer. Kilicdaroglu führt seit zehn Jahren die Opposition, aber seine Partei hat keine Wahl gegen Erdogan gewonnen.

Istanbul-Bürgermeister mit Politikverbot belegt

Der populäre Istanbul-Bürgermeister Imamoglu wurde kürzlich mit Politikverbot belegt und wäre aus dem Rennen, sollte das Urteil rechtskräftig werden. Der HDP droht ferner ein Verbot in einem Verfahren, das Menschenrechtler als politisch motiviert bezeichnen. Ein Großteil der Medien steht unter der Kontrolle der Regierung - Erdogan-Gegner können sich schwer Gehör verschaffen. (dpa/lit)